

KURZ UND PRÄGNANT

Weg mit dem Streikverbot!

„Das Streikverbot für verbeamtete Lehrer ist unzeitgemäß und muss revidiert werden“, fordert Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Der Anlass, das Thema aufzugreifen, war die Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts am 17. Januar 2018 zum Beamtenstreikrecht für Lehrerinnen und Lehrer. Im Mittelpunkt des Verfahrens steht die Frage, ob Lehrer hoheitliche Aufgaben vollziehen und ihnen dadurch das Grundrecht auf Streik durch den Gesetzgeber genommen werden darf. Gegen die bisherige Praxis klagen vier verbeamtete Lehrer, die nach einem Streik durch ihren Dienstherrn belangt worden waren. Unterstützung findet ihre Klage unter anderem durch die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW).

Nach Ansicht des Bildungsexperten der Thüringer Linksfraktion, Torsten Wolf, ist die Frage der hoheitlichen Aufgaben längst beantwortet. Wenn verschiedene Statusgruppen – verbeamtete Lehrer, angestellte Lehrer, ja selbst Seiteneinsteiger – die gleichen Arbeitsaufgaben und Pflichten übertragen bekommen, zum Beispiel Prüfungen abnehmen und Zeugnisse ausfertigen sowie unterschreiben, muss ihnen der Dienstherr auch gleiche Rechte einräumen – und damit auch das Streikrecht. „Hoheitliche Aufgaben an der Schule übt im engeren Sinn nur die Schulleitung aus. Das Streikrecht ließe sich in Zukunft mit einem geregelten Schulablauf vereinbaren, da es für jeden Streik Notfallpläne gibt“, sagt Wolf.

Für DIE LINKE ist klar: Das Streikrecht ist ein politisches Menschenrecht, das stellte auch bereits der Europäische Gerichtshof fest. Die Einschränkung eines Menschen- und Grundrechts ist nur in Ausnahmefällen zulässig, zum Beispiel zur Gefahrenabwehr im Bereich der Feuerwehr oder der Polizei. Das Grundrecht der Schülerinnen und Schüler auf Bildung wird aber von streikenden Lehrern und zeitlich begrenztem Unterrichtsausfall nicht beeinträchtigt, solange durch Notfallvereinbarungen die Aufsichtspflicht und die Unterrichtserteilung abgesichert sind. Deshalb sollten verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer nicht ihrer Grundrechte beraubt werden, meint der Bildungsexperte der Linksfraktion. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird erst in einigen Monaten erwartet. ■

Für bessere Studienbedingungen

Zustimmung für rot-rot-grünes Hochschulgesetz und weitere Forderungen an Regierung

Etwa 100 Studierende waren am 18. Januar 2018 trotz wilder Sturm böen vor den Thüringer Landtag gezogen, um dort für eine linke Hochschulpolitik zu demonstrieren. Im Parlament fand zum gleichen Zeitpunkt die Anhörung des Landtags zum neuen Hochschulgesetz der rot-rot-grünen Landesregierung statt.

Neben der „Konferenz Thüringer Studierendenschaften“ und der Jugendorganisation des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ hatten unter anderem die Jugendverbände von Grünen, LINKE und SPD sowie weitere linke Gruppen zu der Demonstration aufgerufen. „Wir wollen freie Lehre! Wir wollen keine Hochschulen die von Wirtschaftsinteressen geleitet werden! Und wir wollen Hochschulen, an denen für jede und jeden Platz ist!“, hieß es im Aufruf zu der Veranstaltung. Und auf dem Transparent an der Spitze der Demonstration hieß es: „Für eine progressive Hochschulpolitik!“

Einige wichtige Forderungen seien bereits im neuen Gesetz umgesetzt, doch die Vorstellungen der Studierenden gehen noch darüber hinaus. Es gehe unter anderem um die komplette und bedingungslose Abschaffung der Anwesenheitspflicht, die Abschaffung von Langzeitstudiengebühren, die Einführung einer Zivilklausel gegen Rüstungsforschung an den Hochschulen, die Ablehnung von Stiftungs- und Privatunis, eine noch stärkere Demokratisierung der Hochschulgremien und mehr Mitbestimmung für Beschäftigte



Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion auf der Demonstration der Studierenden vor dem Landtag.

und Studierende sowie eine 50%-Frauenquote für die Neubesetzung von ProfessorInnenstellen.

Der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Christian Schaft, nahm an der Demonstration teil und sprach auf der Kundgebung vor dem Landtag zu den Studierenden. Er sagte: „Ich begrüße es, dass die Thüringer Studierenden die Fortentwicklung des Thüringer Hochschulstandortes nicht nur ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern überlassen, sondern selbst für bessere Studienbedingungen die Stimme erheben.“

Schaft betonte zudem, dass sich in der Anhörung im Parlament gezeigt habe, dass das neue Hochschulgesetz von Rot-Rot-Grün auf breite Zustimmung

der Studierendenvertretungen stöße: „Wie zahlreiche Rednerinnen und Redner dargestellt haben, wurden bereits wesentliche Forderungen, die die Studierendenschaft teils seit Jahrzehnten verlangt, bereits jetzt im Gesetzentwurf der Landesregierung umgesetzt. Die paritätische Besetzung der Hochschulgremien, die Stärkung von Gleichstellung und Diversität, die verbindliche Einführung einer Zivilklausel oder auch die Verschiebung der Entscheidungskompetenzen hin zum Senat sind bereits jetzt vorgesehen und werden auch nach der Anhörung Bestand haben.“ Dennoch sei klar, dass DIE LINKE im Landtag auch die weiteren Forderungen der Studierenden, die auch im Rahmen der Anhörung im Parlament eine wesentliche Rolle gespielt haben, wohlwollend weiter diskutieren werde. ■

„Komm, wir holen uns die Zeit!“

LINKE unterstützt Forderungen nach mehr Lohn und weniger Arbeit in der Metallindustrie

Hunderte Beschäftigte der Metallindustrie waren am 19. Januar 2018 in Erfurt auf der Straße, um für ihre Forderungen in der aktuellen Tarifrunde zu demonstrieren: Sechs Prozent mehr Lohn und weniger Arbeit.

Die Demonstration zog von den Erfurter Siemens- und Schuler-Werken zum „Radisson-Hotel“ in der Innenstadt, wo Gewerkschaft und Arbeitgeber verhandelten. An der Demonstration nahm neben Thüringens Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) auch Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der LINKE-Fraktion im Landtag und der Thüringer Linkspartei, teil. Am Rande der Kundgebung sagte sie: „Ich begrüße die Forderungen ausdrücklich. Es wird Zeit, dass von den Milliarden Gewinnen der Konzerne auch etwas bei den Beschäftigten, die diese Gewinne mit ihrer Arbeitskraft ermöglichen, ankommt. Mehr Zeit und mehr Geld zum Leben sind die richtigen Antworten.“



Die LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow bei einem Warnstreik am 19. Januar 2018.

Auch die sozialpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion Karola Stange erklärte ihre Unterstützung: „Die Gewinne vieler Unternehmen steigen, die Auftragsbücher sind voll. Ich sehe hier die Arbeitgeber in der Verantwortung, auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen zu beteiligen – schließlich erwirtschaften sie mit ihrer Arbeit den Gewinn.“

Hennig-Wellsow kritisierte auch die niedrigeren Löhne im Osten: „Unterschiedliche Löhne in Ost und West bei gleicher Arbeit müssen der Vergangenheit angehören!“ 28 Jahre nach der Einheit sei es „unselig, dass Kolleginnen und Kollegen im selben Tarifvertrag, im selben Unternehmen je nach Standort ihres Werkes immer noch unterschiedliche Löhne erhalten.“ ■